Nichtamtlicher Theil.

Giers in Berlin.

Der russische Minister des Auswärtigen Herr v. Giers ist am Dienstag vom deutschen Kronprinzen und vom Kaiser Wilhelm empfangen und später zur Tafel gezogen worden. Vorher hatte der Minister eine längere Unterredung mit dem Staatssecretair des Auswärtigen v. Hatzfeldt und begiebt sich demnächst nach Friedrichsruh zum Fürsten Bismarck. Alle diese Begegnungen mit dem russischen Minister werden aus dem Grunde so aufmerksam verfolgt, weil wir wissen, daß die Beziehungen Deutschlands zu Rußland seit dem Jahre 1878 eine Aenderung erfahren haben. Die Ursache dieser Erkaltung der ehedem so freundschaftlichen Beziehungen war, wie allbekannt, der Berliner Friede, welcher die Hoffnungen Rußlands schwer getäuscht hat. Die Panslavisten machten den Fürsten Bismarck für diesen Mißerfolg verantwortlich und die „Nowoje Wremja" hat diesen Vorwurf noch vor Kurzem erneuert. Nun steht aber fest, daß Rußland beim Berliner Congreß selbst keine höheren Forderungen erhoben hat, als es dort auch erlangte, es hatte eingesehen, daß die Bedingungen, welche in San Stefano als Friedensgrundlage aufgestellt wurden, am Widerspruch der übrigen Mächte scheitern müßten, und deshalb stimmte Rußland seine Forderungen herab. Der ganze Groll Rußlands gegen Deutschland beruht also auf einem Mißverständniß, aber dennoch besteht er und man muß mit ihm rechnen.

Seit der letzten Anwesenheit des Herrn v. Giers in Berlin hat sich das Verhältniß zwischen Rußland und Deutschland nicht gebessert, im Gegentheil hat das Mißtrauen gegen die Absichten Rußlands entschieden zugenommen. Es sind das nicht lediglich dunkle unerklärliche Empfindungen, sondern der Argwohn hat seine ganz realen sehr greifbaren Gründe. Wir wissen, daß Rußland seit etwa Jahresfrist im Königreich Polen die offenkundigsten Kriegsvorbereitungen trifft und alle Friedens- und Freundschaftsversicherungen können daran nichts ändern. Erst noch in den letzten Tagen hat der Generalgouverneur des Königreichs Polen, General Gurko, an die russische Regierung eine Vorstellung gerichtet, daß die Einquartierungslasten auf das Reich übernommen werden möchten, weil die Bewohner Polens sie zu tragen außer Stande seien. Gleichzeitig wurde gemeldet, daß noch weitere Truppennachschübe zu erwarten seien. Herr von Giers hat den Ruf eines geschickten Diplomaten, aber es wird ihm nicht gelingen, die Befürchtungen zu zerstreuen, welche diese außergewöhnlichen Truppenanhäufungen in Deutschland und Oesterreich erzeugen. Graf Kalnoky erklärte noch letzthin im auswärtigen Ausschuß der ungarischen Delegation, daß die Beziehungen Oesterreichs zu Rußland normal seien, aber er verschwieg nicht, daß die Haltung der russischen Presse mit der von der russischen Regierung gezeigten, im Widerspruch stehe. Ganz derselbe Vorwurf wird der russischen Presse von Deutschland gemacht, und daß derselbe nicht ganz unbedenklich ist, wird klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die russische Presse gänzlich unter dem Einfluß der Regierung steht. Ein Blatt, welches anders schreibt, als die Regierung will, wird ohne Gnade unterdrückt, dafür liegen Beispiele genug vor. Es bleibt also nur die Annahme übrig, daß Regierung und Presse in Rußland einverstanden sind, und das ist eine sehr üble Thatsache.

Als Herr v. Giers im vorigen Jahre seine Rundreise in Europa machte, war das Ergebniß derselben nach der allgemeinen Auffassung, die Zerstreuung aller Kriegsbesürchtungen, aber kaum war der russische Minister in seine Heimath zurückgekehrt, als auch das Mißtrauen unter dem Eindruck der Hetzereien der panslavistischen Presse Rußlands alsbald wieder Kraft gewann und auch Alles, was sonst in Rußland geschah, zu der Ueberzeugung führte, daß man dort nichts Gutes gegen Deutschland und Oesterreich im Schilde führe. Man sprach ganz offen davon, daß die Eisenbahnbauten in Polen, die Reorganisation und Vermehrung der Cavallerie, die Einübung derselben zu Fuß keinen anderen Zweck haben könne, als plötzlich im tiefen Frieden über uns herzufallen und Frankreich damit das Zeichen zum Angriff von Westen her zu geben. Als Kaiser Alexander in Fredensborg bei seinem Schwiegervater weilte, da wollten die Stimmen nicht zur Ruhe kommen, welche eine Zusammenkunft des russischen und deutschen Kaisers als bevorstehend bezeichneten. Man sprach von Stettin und Swinemünde als Begegnungsorten, und als dann zur allgemeinen Ueberraschung der englische Premierminister Gladstone plötzlich auf seiner Yacht in Kopenhagen erschien, da war die Fama sofort geschäftig, um den Abschluß eines Bündnisses zwischen Rußland und England mit gegen Deutschland und Oesterreich gerichteter Spitze als unzweifelhafte Thatsache auszuposaunen. Die Zusammenkunft zwischen den beiden Kaisern fand nicht statt, aber Fürst Dolgoruki, der militairische Abgesandte Kaiser Alexander's, nahm an den Manövern bei Merseburg und Homburg theil und erschien auch bei der Enthüllung des Niederwaldmonuments. Das mußte uns als Zeichen der friedlichen Absichten Rußlands genügen, während die Rüstungen in Polen weiter betrieben wurden und der bulgarische Zwischenfall die Blicke nach der Balkanhalbinsel lenkt. Man ersieht aus dieser ganzen Kette von Thatsachen, auf wie schwachen Füßen die Friedensversicherungen Rußlands stehen und daß die Franzosen ganz recht haben, wenn sie nach Rußland mit der Hoffnung schauen, daß ihren Revanchegelüsten von dort aus Unterstützung blüht.

Denn das ist leider unzweifelhaft, daß die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen dem deutschen und russischen Kaiserhause mit den beiderseitigen politischen Interessen in gar keinem Zusammenhang stehen, mag auf deutscher Seite auch noch so aufrichtige Friedenspolitik vorwalten, die russische Kriegspartei hat dafür kein Verständniß und würde lieber heute als morgen sehen, daß die russischen Reiterschaaren die deutsche Grenze überschritten. Die Sympathien, welche Skobeleff für Frankreich hegte, bestehen bei einem großen und einflußreichen Theil der russischen Generalität fort, die Gurkos und Dragomiroffs denken in diesem Punkte kein Haar anders, als ihr todter Kamerad gedacht hat. Es ist gewiß ein beachtenswerthes Zeichen der auf beiden Seiten vorhandenen Uebereinstimmung, daß ein französischer Officier a. D. in dem einflußreichsten französischen militairischen Organ, der „Armee Française", ein Bild von dem Kriege der Zukunft entwirft, in welchem Rußland und Frankreich Schulter an Schulter kämpfen und mit Süddeutschland und Ungarn im Bunde dem geschlagenen Deutschland Elsaß-Lothringen und Ostpreußen bis an den Pregel abnehmen und die alte deutsche Zerrissenheit, welche bis zum Jahre 1866 bestand, wiederherstellen wollen. Daß dieses Bild ein Hirngespinnst ist, welches vorläufig nur in den Köpfen der französischen und russischen Chauvinisten spukt, darauf kommt es nicht an, sondern daß es den heißen Wünschen Beider Ausdruck giebt. Angesichts solcher Kundgebungen können wir nichts thun, als uns stets auf alle Fälle gerüstet zeigen, und deshalb findet es auch volle Zustimmung, wenn der Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf sich mit dem Vertreter Moltke's, Grafen v. Waldersee, nach den Reichslanden begiebt, um die Grenzfestungen zu inspiciren. Die Besuche des Herrn v. Giers in Berlin und Friedrichsruhe gewähren uns keinerlei Friedensbürgschaft, wir halten uns an die Thatsachen, und erst wenn der Friedenstruppenstand in Polen wiederhergestellt ist und wenn die russische Regierung laut und deutlich erklärt, daß sie von einem Bündniß mit Frankreich mit der Spitze gegen Deutschland und Oesterreich nichts wissen will und auch dieser Erklärung gemäß handelt, können wir zu den Absichten Rußlands Vertrauen fassen.

Leipzig, 15. November 1883.

* Aus Berlin wird uns vom Dienstag geschrieben: „Die Gesetzentwürfe über die Erhöhung der Beamtengehälter und die Schuldotation werden den Landtage, wie ich entgegen anderen Meldungen aus zuverlässiger Quelle erfahre, kurze Zeit nach der Eröffnung zugehen und auch dem Gebrauche entsprechend in der Thronrede angekündigt werden. Es ist unrichtig, daß die genannten Vorlagen, wie die „Kr.-Ztg." meint, erst in zweiter Linie stehen, vielmehr liegt Herrn v. Goßler sehr viel an der Erledigung des Schuldotationsgesetzes und begegnet er sich hierin durchaus mit den Anschauungen des Fürsten Bismarck, welcher diesen Entwurf als einen Theil seines Planes, eine Erleichterung der Communen herbeizuführen, betrachtet wissen will. Die Thronrede wird wiederum von Herrn von Puttkamer verlesen werden, obgleich neuerdings wieder Gerüchte umgehen, daß die Stellung des Vicepräsidenten des Staatsministeriums erschüttert sei, und daß er keinenfalls bis zum Schluß der Session seinen Posten behaupten würde. Wie verlautet, soll indeß der Kaiser jetzt besonders schwer sich entschließen können, in einen Wechsel in der Person der Minister zu willigen, auch sollen Schwierigkeiten bestehen, einen Nachfolger zu finden. Allerdings hat Herr v. Puttkamer einen nicht zu unterschätzenden Anhang in den hochconservativen Abgeordneten, indessen soll der Kanzler sich unwillig darüber geäußert haben, daß der Minister des Innern trotz seines „concilianten" Wesens die gemäßigten Parteien geradezu abgestoßen und die Regierung einer im Augenblick sehr erwünschten Unterstützung beraubt habe. Man ist in der That müde, sich vom Centrum und dem Vaticam weiter „dilatorisch" behandeln zu lassen und möchte je eher je lieber sich wieder den Nationalliberalen nähern, wenn man nur einen Weg sähe und sich des Erfolges sicher wüßte. Daß Herr v. Puttkamer zunächst gesprest wird, unterliegt keinem Zweifel, da er eben das einzige Mitglied der Regierung ist, welches ausgesprochen rückschrittlichen Tendenzen huldigt. Herr von Scholz ist ebenso wie Herr v. Friedberg überhaupt kein Parteimann, Herr v. Goßler ist zwar ein überzeugt conservativer Mann, welcher aber, wo es erforderlich scheint, seine persönlichen Neigungen sehr wohl dem rein sachlichen Interesse zu opfern weiß, während Minister Dr. Lucius zur freiconservativen Partei gehört. Auch Herr Maybach steht dem Parteileben völlig fern. Herr v. Puttkamer hat bekanntlich Berliner Wählerversammlungen besucht, in denen Herr Stöcker sprach, während Herr v. Goßler dessen Treiben, wie durchaus kein Geheimniß ist, entschieden mißbilligt. Dem Centrum gegenüber ist Herr Stöcker selbst der conservativen Partei zu nachgiebig, obgleich auch er durch den provocirenden Ton, den die „Germania" und Herr Windthorst gegenüber den Evangelischen anzuschlagen sich nicht scheuen, veranlaßt wurde, sich in seinen Aeußerungen vorsichtiger zu halten. Es wird mit Bestimmtheit erwartet, daß es gleich nach dem Beginn der Landtagssession zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Conservativen und Ultramontanen kommen wird, und zwar nicht nur beim Cultusetat, sondern auch bei den Steuergesetzen. Neben dem Etat und in Verbindung mit ihm wird in der Generaldiscussion das Gesetz über die Reform der directen Steuern vor Allem das Interesse weiter Kreise fesseln. Der Etat im Ganzen wird wohl nur von fortschrittlicher Seite ernstlich angegriffen werden. Man hat in letzter Zeit nichts von dem Zwiespalt der Richtung Richter und Hänel gehört und darf bezweifeln, ob wieder Richter die Partei im Abgeordnetenhause zu führen berufen wird. In der That soll es ihm gelungen sein, den größeren Theil der fortschrittlichen Abgeordneten wieder für sich zu gewinnen. Die Abgeordneten der Fortschrittspartei treten bereits am [illegible] d.J. zu einer Fractionssitzung zusammen."

---

* In Bestätigung der Nachricht betreffend die in Kürze bevorstehende Erhebung der beiderseitigen Gesandtschaften in Berlin und Madrid zum Range von Botschaften wird aus Madrid telegraphirt, daß bereits das nächste Budget die mit dieser Umwandlung verbundenen Mehrkosten in Ansatz bringt. Dieselbe Umwandlung der spanischen Gesandtschaftsposten in eine Botschaft steht auch für Wien bevor.

* Die Madrider Reise des Kronprinzen wird von der Pariser Presse in einer Weise besprochen, welche nur zu deutlich verräth, daß man sich jenseits der Vogesen in Bezug auf Spanien nicht ganz frei von Schuld fühlt. Als ganz selbstverständlich wird vorausgesetzt, daß der Besuch des deutschen Thronerben am spanischen Königshofe eine politische Spitze haben müsse und daß diese Spitze gegen Frankreich gekehrt sei. Natürlich ist den Franzosen bei einer solchen Wahrnehmung nicht eben wohl zu Muthe, und ihre übellaunige Stimmung kommt fast in jedem Worte zum Vorschein, welches aus Anlaß des beregten Ereignisses von ihrer Presse gedruckt wird. Die Organe der extremen republikanischen Richtungen gießen volle Zornesschalen über den „Kol-ahlan" aus, lassen es auch an Seitenhieben auf Deutschland nicht fehlen. Blätter, welche den regierungsfreundlichen Parteien näher stehen, mühen sich ab, ihre Leser durch den Nachweis zu beruhigen, daß es der deutschen Politik nicht gelingen werde, Spanien in den Maschen ihres Netzes einzufangen. Jedermann aber erkennt, ob eingestandener oder uneingestandenermaßen, in der freundschaftlichen Annäherung der Höfe von Berlin und Madrid einen neuen Beweis von der gegenwärtigen isolirten Stellung Frankreichs.

* Die Reise des Kriegsministers Bronsart von Schellendorff in die westlichen Provinzen hängt mit einer Besichtigung der dortigen Festungen zusammen und verfolgt dieselben Zwecke, welche der Reise des Kriegsministers in die östlichen Provinzen vor einigen Monaten zu Grunde lagen. Wie man hört, handelt es sich theils um Ausführung, theils um Prüfung von Vorschlägen, welche die Landesvertheidigungs-Commission vor längerer Zeit gemacht hatte. Es soll dabei weniger eine Ausdehnung früherer Pläne, als eine Beschleunigung in Angriff genommener Arbeiten in Betracht kommen. Inzwischen vollziehen sich die Truppendislocationen an der Ostgrenze in immer weiterem Umfange. Wie sehr es sich dabei um eine systematische Maßregel handelt, beweist der Umstand, daß man ganz schrittweise vorgeht und die Ausführung, welche bereits am 1. October weit vorgerückt sein sollte, noch immer ziemlich weit im Rückstande ist.

* Die nationalliberale Fraction des preußischen Abgeordnetenhauses ist auf Dienstag, den 20. November, Abends 7 Uhr, zu einer Sitzung im Abgeordnetenhause eingeladen.

* Die kirchenpolitische Situation, wie sie sich bei Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeiten darstellen wird, wird beherrscht von dem Eindruck, den die Ablehnung des Wunsches der preußischen Regierung in Betreff der Resignation der beiden abgesetzten Erzbischöfe von Posen und Köln hinterlassen muß. Unbestrittene Thatsache ist, daß die Curie diese Forderung, die ihr nur ein Entgegenkommen in einer Personen-, nicht in einer Principienfrage zumuthete, rundweg abgelehnt hat, obgleich die Gewährung große Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt hätte und die Wiederherstellung einer regelmäßigen bischöflichen Verwaltung in den durch gerichtliches Urtheil erledigten Diöcesen ein ganz hervorragendes und handgreifliches Interesse der Kirche ist. Es scheint den Centrumsführern, was auch begreiflich genug ist, nicht grade angenehm zu sein, daß die parlamentarische Zeit unter dem Eindruck eines Ereignisses beginnt, bei dem der Mangel an Entgegenkommen und damit die Schuld des Scheiterns neuer Friedensversuche offenbar auf Seiten der Curie liegt. Dem Eindruck dieser Thatsache werden sich auch die Conservativen und die Regierung nicht entziehen können. Die „Germania" sucht in einem „Zur kirchenpolitischen Situation" überschriebenen Artikel diesen üblen Eindruck zu verwischen und die Curie gegen den Vorwurf der Unfriedfertigkeit zu vertheidigen. Allein es ist überaus dürftig, nichts als sophistisches Gerede oder inhaltleere Phrase, was das leitende Blatt des Centrums vorzubringen weiß. Ob die Ultramontanen es gerathen finden, unter diesen Umständen alsbald im Abgeordnetenhause eine kirchenpolitische Auseinandersetzung zu provociren, muß dahingestellt bleiben. Günstig wird ihre Position dabei jedenfalls nicht sein und im Abgeordnetenhause wird auch für etwaige neue gesetzgeberische Zugeständnisse an das Centrum schwerlich mehr viel Stimmung vorhanden sein.

* Aus der Rheinprovinz schreibt man uns: „Von den nationalliberalen Abgeordneten der Rheinprovinz ist bei allen Gelegenheiten die Behauptung der Mitglieder des Centrums widerlegt worden, daß sie die alleinigen Repräsentanten des katholischen Volkes seien. Diese Widerlegung ist neuerdings wiederum einmal praktisch bei Gelegenheit der Stadtverordnetenwahlen bethätigt worden. Nicht nur die Stadt Köln hat in der dritten Classe die Hälfte der von liberaler Seite aufgestellten Candidaten gewählt, sogar am Bischofssitze des Herrn Korum, in Trier, sind sämmtliche ultramontane Candidaten in allen drei Classen unterlegen. Die einzige der großen Städte der Provinz, welche eine Stadtverordnetenversammlung mit ultramontaner Mehrheit hat, ist die Stadt Aachen. Da dort der liberale Oberbürgermeister sein Amt wegen Kränklichkeit hat niederlegen müssen, so dürfte sich bei Gelegenheit der Neuwahl ein interessantes Schauspiel abspielen. Wie fanatisirt der Aachener Stadtrath ist, hat man bei Gelegenheit des angebotenen Geschenks eines staatlichen Gymnasiums bedachten können. Gegen die Annahme dieses Geschenkes wurde Protest erhoben, weil man keine staatliche, sondern eine katholische Anstalt haben wollte. Im Allgemeinen geht die Stimmung in dem gebildeten Theil der Bewohner der Provinz immer mehr gegen die Hetzpresse der Centrumspartei, man merkt es auch aus dem Ton ihrer Blätter, der immer gereizter wird. Es ist gegründete Aussicht vorhanden, daß der Sieg, den die gemäßigt liberale Richtung durch die Wiederwahl des Abg. Seyffardt in Crefeld verzeichnen kann, bei der nächsten Landtagswahl auch noch über andere Kreise sich erstrecken wird. Bei den letzten Wahlen standen sich noch an vielen Stellen die Mitglieder der fortschrittspartei und der nationalliberalen Partei feindlich gegenüber und arbeiteten damit den Ultramontanen in die Hände. Die Fortschrittspartei hat aber durch die für die Bewohner dieser Provinz ganz unbegreifliche Haltung des Herrn Eugen Richter und seiner Anhänger in den kirchenpolitischen Fragen sehr an Anhängern eingebüßt. Sie ist in einzelnen Kreisen ganz in der Auflösung begriffen und ihre gemäßigten Elemente sind sehr weit davon entfernt, nach der von den Berliner Führern ausgegebenen Parole ihre politische Haltung bestimmen zu lassen. Auch die Mißgriffen am Militäretat, womit Herrn Richter Popularität zu erhaschen bestrebt ist, erscheinen der Mehrzahl der Bewohner selbst des ultramontanen Theils dieser zunächst bedrohten Grenzprovinz ganz unverständlich. Dazu kommt noch, daß in den großen Industriecentren der Provinz, ebenso wie in den anschließenden westfälischen gewerbreichen Gegenden, die sympathische Stellungnahme der nationalliberalen Partei zu den socialen Aufgaben des Staates anfängt, ein volles Verständniß zu finden, gegenüber der die Selbsthülfe predigenden aber nirgendwo bethätigenden Haltung der Fortschritts- und der ultramontanen Partei."

* Aus Oldenburg berichtet die „Oldenburger Zeitung": „Gegen den verantwortlichen Redacteur der „Oldenburger Zeitung", C. Hosse, hierselbst ist bei der Staatsanwaltschaft seitens des Commandos der 19. Division zu Hannover Strafantrag wegen Beleidigung des Majors Steinmann vom oldenburgischen Infanterie-Regiment Nr. 91, begangen durch die Presse, gestellt worden. Die fragliche Beleidigung soll enthalten sein in einer Notiz der „Oldenburger Zeitung", in welcher es heißt, ein hiesiger nach Oldenburg versetzter Stabsofficier des oldenburgischen Infanterie-Regiments habe seine Untergebenen mit Vorliebe „Oldenburger Ochsen" titulirt und demgemäß behandelt. Desgleichen ist ein Strafantrag gestellt gegen den Verleger und Drucker der „Oldenburger Zeitung". Ferner ist Strafantrag gestellt gegen den verantwortlichen Redacteur der „Nachrichten für Stadt und Land", Scharf hierselbst, und endlich gegen den Verfasser des bekannten „Ochsenliedes" den bisherigen Schauspieler Arnold Schröder, sowie gegen den Druckereibesitzer Ad. Littmann hierselbst, in dessen Druck das „Ochsenlied" erschienen ist. Es ist also, wenn die betr. Strafanträge seitens der Staatsanwaltschaft angenommen werden, Aussicht auf einen kleinen Monstreprozeß in Oldenburg vorhanden. Gleichzeitig wird uns mitgetheilt, daß auf Veranlassung des Großherzogs den Mitgliedern des großherzoglichen Theaters folgendes höchste Rescript bekannt gemacht worden ist: „Da es nicht passend erscheint, daß der Schauspieler Arnold Schröder in Anbetracht des anstößigen agitatorischen Treibens desselben länger Mitglied des Theaters verbleibe, so ist derselbe aus dem Verbande desselben zu entlassen, vorbehältlich seiner finanziellen Ansprüche aus dem Contractsverhältniß. „Dies ist dem gesammten Theaterpersonal mitzutheilen."

* Die Münchener „Allgemeine Zeitung" bringt, angeblich aus Berlin, folgende merkwürdige Correspondenz:

Den Prinzen von Wales, sowie den Herzogen von Edinburgh und Connaught sind in der deutschen Armee große Stellungen eingeräumt worden. In diesem Umstande liegt ein Streben, das freundschaftliche Verhältniß auf dem politischen Gebiete gleichsam vorweg zu nehmen. Man kann aber nicht behaupten, daß es den nach Deutschland zurückkehrenden Nachkommen des Prinzen Albert von Coburg schon jetzt gelungen wäre, sich den Deutschen gerade sehr sympathisch zu machen. Die Söhne der Königin sind zwar bekannt genug geworden, aber ob eine Verpflanzung ihrer Gewohnheiten in die ja vielfach kleineren Verhältnisse unserer deutschen Städte und Staaten angewandte Wirkungen erzielen kann, steht dahin. Ein großer Theil des deutschen Volkes wird immer die Frage für berechtigt halten, welches Interesse denn von Seiten jener Prinzen den deutschen Verhältnissen entgegengebracht wird. Nicht im Gegensatz hierzu ist es in den letzten Wochen aufgefallen, daß eine in Coburg entstandene, an sich unbedeutende locale Differenz zwischen dem Herzog von Edinburgh und dem dortigen Hofe in der deutschen Presse zu einem Ereigniß aufgebläht worden ist, als handle es sich um eine Beleidigung der englischen Flagge. Je weniger dieser kleine Krieg im Frieden des Hauses und Anschauungen der Bevölkerung im Lande entsprach, desto mehr war die Vermuthung gerechtfertigt, daß der Herzog von Edinburgh als präsumtiver Thronerbe in Coburg von einer Seite beeinflußt wurde, welche in den Zeitungen Lärm schlug. Wenn nun auch mit der Entlassung des Vertreters der Königin von England in Coburg der Zwischenfall vielleicht seine endgiltige Erledigung erhalten hat, so möchte es doch im Interesse des englischen Gouvernements liegen, Wiederholungen solcher Störungen selbst zu verhindern. Um die dereinstige Uebernahme der Regierung dem Prinzen zu erleichtern, wäre es vielmehr Aufgabe der englischen Diplomatie, journalistische und andere Beunruhigungen nicht zuzulassen. Das deutsche Volk, und speciell die Coburg-Gothaer, können wenig Vergnügen darin finden, ihren so geschätzten Landesherrn nach 40jähriger wirksamer Regierung und Thätigkeit den allerkleinlichsten Angriffen ausgesetzt zu sehen. Handelt es sich dabei auch um Vorfälle, die auf die politischen Verhältnisse unmittelbar nicht den mindesten Einfluß üben, so kann es doch zur Annäherung der Nationen wenig beitragen, wenn der seit 1848 sprichwörtlich gewordene Uebermuth englischer Herren an jedem kleinsten Orte in Erinnerung gebracht wird.

* Cardinal Graf Ledochowski hat Gelegenheit genommen, sich einmal selbst über die Eventualität seines freiwilligen Rücktritts zu äußern. Er hat nämlich in Folge des Glückwunschschreibens, welches ihm von der Redaction des „Kuryer Pozn." mit den Unterschriften zahlreicher Diöcesanen aus Anlaß seines neulichen Geburtstages übersandt wurde, seinen Dank dafür in einem Schreiben an die Redaction des „Kuryer Pozn." ausgesprochen, und in diesem Schreiben heißt es: „Die Diöcesanen, welche von den üblen, Gott sei Dank bisher unbegründeten Gerüchten über mein Abtreten vom Stuhle des h. Adalbert und vom Erzbisthum Posen gehört hatten, wollten den Jahrestag meiner Geburt benutzen, um mir aus der Brust von Tausenden kommenden Stimmen zu sagen, daß sie wünschen, ich möchte bei ihnen bleiben." Zum Schlusse des Schreibens heißt es dann: „Den theuren Theil des Erbes, welchen Gott durch seinen Statthalter auf Erden meiner Obhut anvertraut hat, drücke ich, obwohl aus der Ferne, an mein Herz, und verlasse ihn nicht, es sei denn, daß der höchste Oberhirt des göttlichen Willens mir bestellt, daß das Beste der Sache, der wir Alle dienen, dieses schmerzlichste Opfer von mir fordert."

* Recht erfreulich ist die Thatsache, daß schon seit dem Jahre 1876 in Elsaß-Lothringen die Recrutirung in demselben Maße vorgenommen werden kann, wie in den altdeutschen Landestheilen und daß alljährlich eine nicht unbeträchtliche Anzahl Elsaß-Lothringer freiwillig in das deutsche Heer eintritt. Seit dem 1. October 1872 sind ca. 60,000 Mann aus den Reichslanden in deutsche Regimenter eingestellt worden: 1872 gegen 3000 Mann, 1873 etwa 3500, 1874: 4093, 1875: 4618, 1876: 5351, 1877: 5386, 1878: 5489, 1879: 5432, 1880: 5868, 1881: 5751, 1882 und 1883 je 5800. Außerdem haben in den Jahren 1881—1883 noch ungefähr 3500 Mann Ersatz-Reserve erster Classe zehn Wochen geübt. Trotzdem bleiben in Elsaß-Lothringen jährlich immer noch 6—800 Mann überzählig. Nach Einreihung der diesjährigen Recruten stehen nun ganz wie in den übrigen deutschen Staaten auch in Elsaß-Lothringen volle 12 Jahrgänge noch dienender oder ausgedienter Soldaten zur Verfügung, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß die fünf Jahrgänge der elsaß-lothringischen Landwehr nicht dieselbe Stärke haben, wie die der übrigen Armeecorps. Von den 63,000 Elsaß-Lothringern, die im deutschen Heere dienen oder schon gedient haben, wundert, wenn man die militairischen Verhältnisse Badens im Auge faßt, das eben so viele Bewohner wie das Reichsland hat, 6—7 Infanterie-Regimenter, 3 Cavallerie-Regimenter, 2 Regimenter oder 16 Batterien Feld-Artillerie, 1 Bataillon Fuß-Artillerie, 1 Pionier-Bataillon und 1 Train-Bataillon mit den entsprechenden Ersatztruppen theilen, sowie endlich auch 11 bis 12 Bataillone Landwehr zu je 600—800 Mann gebildet werden. Selbstverständlich wird die Formation eines nur aus elsaß-lothringischen Truppentheilen bestehenden Armee-Corps noch mindestens so lange sich verziehen, bis der größte Theil der Bewohner der Reichslande sich voll und ganz mit den neuen Verhältnissen ausgesöhnt hat. Jetzt werden die elsaß-lothringischen Rekruten bei Regimentern des 7. (westfälischen), des 8. (rheinischen), 11. (hessen-nassauischen), 14. (badischen), 4. (provinzial-sächsischen), 10. (hannoverschen) und des Garde-Corps eingestellt. Später werden wohl die Regimenter Nr. 97, 98, 99 und 127 bis 131, von denen die entsprechenden Landwehr-Bezirke in den Reichslanden liegen, den größten Theil der elsaß-lothringischen Krieger aufnehmen. Mit der Zeit werden natürlich diese im Jahre 1881 neu formirten Regimenter an die Stelle derjenigen treten, die jetzt das 15. Armeecorps bilden. So werden ganz allmälig in den Reichslanden dieselben militairischen Verhältnisse und Einrichtungen Platz greifen wie in Altdeutschland. Im Frühjahr 1885 wird der erste Ende 1872 ins deutsche Heer eingestellte Jahrgang Elsaß-Lothringer in den Landsturm entlassen werden.

* * *

* Der Luther-Commers, welcher in Wien am 12. d. M. im Sophiensaale stattgefunden, ist nicht ganz ohne Zwischenfall verlaufen. Die Aeußerung eines ultramontanen Blattes, es sei bezeichnend, daß Luther in Wien mit einem „Saufgelage" gefeiert werde, gab zu stürmischen Protesten und Pereatrufen Veranlassung, ja die Aufregung der Festtheilnehmer erreichte einen solchen Grad, daß der anwesende Polizeibeamte Mühe hatte, die Ruhe wieder herzustellen. Später wurde einem Mitgliede der Studenten-Verbindung „Thuringia" vom Polizeibeamten das Wort entzogen, weil der Redner das politische Gebiet berührte und zumal auf den noch bevorstehenden Kampf zwischen Frankreich und Deutschland hingewiesen hatte, zu dem sich das gesammte deutsche Volk rüsten müsse. — Im Namen der Professoren der Wiener Universität sprach Dr. Seberinz. Er wies vor Allem darauf hin, daß in Oesterreich in früheren Jahrhunderten eine Lutherfeier nicht möglich war, während sie sich gegenwärtig nicht mehr verbieten lasse. Das beweise, wie die Menschheit Alles zu höherer Vollendung fortschreite. Der Redner schloß, er liebe sein lutherisches Bekenntniß wie seine geistige Mutter, er liebe und schätze aber auch die Menschheit. Diesen Worten folgte ein minutenlanger Beifall. In ähnlicher Weise sprach noch eine Reihe anderer Redner, worauf die eingelaufenen Begrüßungs-Telegramme verlesen wurden. Der Rest des Festabends verlief ohne weitere Störung und schloß um 12½ Uhr Nachts nach der Absingung des Studentenliedes „Wenn Alle untreu werden" in würdiger Weise.

* Die Verhandlungen des ungarischen Premierministers mit dem Feldzeugmeister Philippovich wegen Uebernahme der Würde eines Banus von Kroatien durch Letzteren scheinen erfolglos geblieben zu sein. Baron Philippovich hat sich nicht entschließen können, den Posten des Banus anzunehmen und lehnt denselben namentlich jener Bedingungen wegen ab, welche die Stellung des Banus zu der Pester Regierung betreffen, während er andererseits größere Unabhängigkeit verlangt, als Tisza sie zugestehen will. Die Verhandlungen sind zwar noch nicht abgebrochen, doch ist kaum eine Verständigung zu erwarten. Die Wahl eines Banus gestaltet sich zu einiger Verlegenheit für Ungarn, und vor der Ernennung eines neuen Banus ist eine Beendigung des Ausnahmezustandes in Kroatien unmöglich.

* Die das in Neusatz (Südungarn) erscheinende serbische Blatt „Zastawa" behauptet, verbreite der officielle Telegraph in Belgrad über den Stand der aufständischen Bewegung in Serbien die größten Unwahrheiten. Der Aufstand, heißt es in einer Belgrader Correspondenz des genannten Blattes, sei durchaus nicht niedergeworfen, sondern breite sich im südöstlichen Serbien immer mehr aus. Von den angeblich siegreichen Operationen des Generals Nikolitsch sei in Belgrad gar nichts zu hören, ja es heißt dort sogar, daß der General wegen seiner Mißerfolge abberufen worden sei. Die Stadt Saitschar soll sich noch in den Händen der Insurgenten befinden, die bisher alle Angriffe der Truppen zurückgeschlagen hätten. Ebenso befände sich die Stadt Knjaschewaz im Besitze der Aufständischen, welche sich dort stark verschanzt haben sollen. Diese letztere Angabe scheint nicht ganz unglaubwürdig, weil selbst ein officielles Belgrader Telegramm vom 12. d. M. mit den Worten schließt: „Oberlieutenant Jurkowitsch bereitet sich zum Angriffe auf Knjaschewaz vor."

* Die ministeriellen Organe in Paris halten zwar noch immer mit Urtheilen über die Reise des Kronprinzen zurück, allein die radicalen Blätter haben aus den bekannten Pariser Vorfällen keine Lehre gezogen und beginnen von Neuem zu hetzen. So schreibt Rochefort im „Intransigeant" unter dem Titel „Die spanisch-deutsche Allianz":

„Nun denn, die Pariser Bevölkerung hat sich etwas klarsichtiger erwiesen wie Jules Ferry, als sie beim Vorüberfahren Alfonso's XII. „Mörder mit dem Ulan" schrie. Dieser Ulan wird den Besuch seines Generals, des Prinzen von Preußen, Erben der deutschen Krone, empfangen. Die Truppenrevuen und Schaugefechte, welche die französische Regierung dem Sohne Isabellens geboten hätte, würden ebenso viele Ausschweifungen geworden, die derselbe seinem Vorgesetzten im Grade, dem Sohne des Kaisers Wilhelm, mittheilt und von denen man nicht ermangelt hätte, in Berlin bei einem Kriege gegen uns Gebrauch zu machen. Wir schätzen, daß das Volk von Paris eine große Klugheit gezeigt hat, als es in diese gefährlichen Räder Knüppel geworfen. Und der Dummkopf Ferry hat durch vierzehn Tage von seinen gewöhnlichen Sklaven entlädigen lassen, man werde die Organisatoren der Nordbahnhofs-Kundgebung verfolgen, obwohl diese doch durchaus spontan gewesen ist! Aber dreifacher Taktlose, wenn die durch die Verurtheilung des jungen Alfonso hervorgerufene Protestation wirklich Organisatoren gehabt hätte, so hätte man sie nicht verfolgen dürfen, sondern decoriren